



**Pressemitteilung**  
Luxemburg, den 21. Januar 2021

# Humanitäre Hilfe der EU für Bildung sollte längerfristig angelegt sein und mehr Mädchen erreichen

In den vergangenen Jahren wurde die EU-Hilfe für Bildung in Notsituationen und anhaltenden Krisen im Rahmen einschlägiger Hilfsprojekte recht gut umgesetzt. In seinem heute veröffentlichten Sonderbericht ermittelt der Europäische Rechnungshof jedoch auch mehrere Schwachstellen. Insgesamt erreicht die EU-Unterstützung mehr Jungen, auch wenn bei Mädchen in Konfliktregionen die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie keine Schule besuchen. Zudem könnte die Effizienz der EU-Hilfe durch längerfristige Projekte, bessere Kostenanalysen und eine größere Nachhaltigkeit der "Cash for Education"-Programme erhöht werden.

In Entwicklungsländern besuchen schätzungsweise 64 Millionen Kinder keine Grundschule. Die Hälfte dieser Kinder lebt in Konfliktgebieten. Durch einen Zugang zu Bildung erhalten sie Lernmöglichkeiten, unmittelbaren physischen Schutz sowie lebensrettende Kenntnisse und Fähigkeiten. Vor Kurzem hat die Europäische Kommission ihre Hilfen für Bildung auf einen Anteil von 10 % ihrer Gesamtmittel für humanitäre Hilfe aufgestockt, was im Jahr 2019 einer Summe von etwa 160 Millionen Euro entsprach.

Die Prüfer stellten fest, dass die EU-Hilfe dazu beitrug, in humanitären Krisen den Zugang zu einer sicheren und hochwertigen Bildung wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Projekte waren relevant und gut koordiniert, und die Europäische Kommission ging die von ihr bei Kontrollbesuchen festgestellten Probleme an. Daher konnten mit den Projekten die meisten der gesetzten Ziele erreicht werden.

*"Der EU ist es mit relativ begrenzten Mitteln gelungen, vielen Kindern, die in Krisengebieten leben und keine Schule besuchen, zu helfen", so Hannu Takkula, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Die Unterstützung der EU für Bildung in Notsituationen muss jedoch optimiert werden, um ein Maß an Effizienz und Relevanz zu erreichen, das diesem ehrenwerten Anliegen gerecht wird."*

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs. Bericht im Volltext unter [www.eca.europa.eu](http://www.eca.europa.eu).

**ECA Press**

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: [press@eca.europa.eu](mailto:press@eca.europa.eu) @EUAuditors [eca.europa.eu](http://eca.europa.eu)

Die meisten Projekte sind (mit einer Dauer von 10-12 Monaten) zu kurzfristig angelegt, um in anhaltenden Krisen dem mehrjährigen Bildungsbedarf von Kindern zu entsprechen. Dadurch waren die EU-Hilfen weniger effizient und nachhaltige Lösungen schwieriger zu erzielen. Im Hinblick auf die Effizienz empfehlen die Prüfer der Kommission, die Kostenanalysen zu verbessern, um mit dem gleichen Geldbetrag mehr zu erreichen.

Bei Mädchen ist das Risiko, dass sie die Schule abbrechen, höher als bei Jungen, da sie mit größerer Wahrscheinlichkeit im Haushalt arbeiten müssen, Gewalt erfahren und früh heiraten. Den Prüfern zufolge wird der angestrebte und/oder der erreichte Anteil von Mädchen ihrer stärkeren Benachteiligung jedoch nicht gerecht.

Schließlich tragen die "Cash for Education"-Projekte der EU wenig dazu bei, die Abhängigkeit der Begünstigten von Bargeldhilfen zu verringern. Daher empfehlen die Prüfer der Kommission, über das Ende der humanitären Hilfe hinaus nachhaltige Ergebnisse anzustreben, z. B. indem die Eigenständigkeit gefördert wird und mehr begünstigte Familien dabei unterstützt werden, eine Existenzgrundlage zu finden.

### **Hintergrundinformationen**

Über die Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (GD ECHO) der Kommission stellt die EU humanitäre Hilfe für Menschen bereit, die von Katastrophen betroffen sind. Sie unterstützt viele Arten von Bildungsmaßnahmen. Dazu gehören der Bau oder die Sanierung von Unterrichtsräumen, die Bereitstellung von Lehrmaterial und Einrichtungsgegenständen, die Ausbildung von Lehrkräften, Angebote für beschleunigte Bildung, um Kindern die Rückkehr in die Schule zu erleichtern, die Aufklärung der Eltern über die Bedeutung von Bildung sowie die Bereitstellung von Bargeldhilfen für Familien, um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen.

In dem heute veröffentlichten Prüfungsbericht werden Projekte behandelt, die in Jordanien und Uganda durchgeführt wurden. Die Finanzierungszusagen der EU beliefen sich im Zeitraum 2017-2019 auf 18 Millionen Euro für Jordanien und 16 Millionen Euro für Uganda. Die Türkei, der größte Empfänger von EU-Mitteln für Bildung in Notsituationen (84 Millionen Euro), war Gegenstand eines [anderen Prüfungsberichts, der im Jahr 2018 veröffentlicht wurde](#).

Der Sonderbericht Nr. 02/2021 "Humanitäre Hilfe der EU für Bildung: Kommt bedürftigen Kindern zugute, sollte jedoch längerfristig angelegt sein und mehr Mädchen erreichen" ist in 23 EU-Sprachen auf der Website des Hofes ([eca.europa.eu](http://eca.europa.eu)) abrufbar.

Der Europäische Rechnungshof stellt seine Sonderberichte dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU sowie anderen betroffenen Parteien wie nationalen Parlamenten, Wirtschaftsakteuren und Vertretern der Zivilgesellschaft vor. Der weitaus größte Teil der Empfehlungen, die der Hof in seinen Berichten ausspricht, wird umgesetzt.

### **Pressekontakt für diesen Bericht**

Vincent Bourgeais – E: [vincent.bourgeais@eca.europa.eu](mailto:vincent.bourgeais@eca.europa.eu)

T: (+352) 4398 47502 / M: (+352) 691 551 502